



NEUNTES STUDIERENDENPARLAMENT DER UNIVERSITÄT POTSDAM

Postanschrift: Studierendenparlament • Am Neuen Palais 10 • Postfach 60 15 53 • 14 415 Potsdam
Sitz: Komplex I • Am Neuen Palais 10 • Gebäude 06
Kontakt: e-mail: praesidium@stupa.uni-potsdam.de • Telefon: (0331) 977-1225 • Fax: (0331) 977-1795
Präsidium: Matthias Wernicke • Stefan Klose • Kai Wohlfarth

Potsdam, 5. Januar 2007

Liebe Studierenden, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

hiermit laden wir Euch zur 10. Sitzung des
9. Studierendenparlamentes der Universität Potsdam ein.

Termin: 16. Januar 2007 von 19.00 (s.t.) bis 23.00 Uhr,
Ort: Am Neuen Palais 10, Haus 8, Raum 0.59.

Wir schlagen Euch folgende Tagesordnung vor:

- *Formales:*

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Beschluss der Protokolle der letzten StuPa-Sitzungen
 - a. Protokoll der außerordentlichen Sitzung vom 28. November 2006
 - b. Evtl. Protokoll der ordentlichen Sitzung vom 19. Dezember 2006

- *Tagesordnungspunkte:*

4. Gäste
5. Berichte
 - a. Berichte aus den Gremien
 - b. Berichte des StuPa-Präsidiums
 - c. Rechenschaftsberichte des AStA
6. Anträge:
 - a. Antrag von Laines Rumpff zu einer Veranstaltung zur Frauenunterdrückung in Deutschland
 - b. Stadtschlossanträge
 - i. Antrag von Conrad Jackisch zum Bau des Stadtschlusses in Potsdam
 - ii. Antrag von Andreas Kellner zum Bau des Stadtschlusses in Potsdam
 - c. Antrag von Clas Hasslinger und Katrin Geller zum Hochschulsommerfest
 - d. Antrag vom 19.12. (des Präsidiums) zur Aufwandsentschädigung für den RPA
7. Initiativanträge
8. Sonstiges

Wir bitten um inhaltliche Vorbereitung sowie pünktliches Erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen,

Matthias Wernicke, Stefan Klose, Kai Wohlfarth
(Präsidium des 9. Studierendenparlamentes).

Protokoll der 8. StuPa-Sitzung vom 28. November 2006

** Entwurf **

Anwesend:

- *AStA: Tobias Dornisch, Clas Hasslinger, Sonja Bock, Joschka Langenbrinck, Lena Hererra, Hannes Ortmann, Mariusz Nowak, Björn Ruberg, Jörg Schindler*
- *[oll]: Jan Glogau, Tamás Blénessy, Sindy Brödno, Christian Kube, Matthias Wernicke, Sabine Merkel, Filipe Miguel Freitas da Silva*
- *gül: Lina Weiß, Rasmus Revermann*
- *GAL: Jürgen Stelter, Martin Bär, Andreas Kellner, Martin Meyerhoff, Stefan Klose*
- *Jusos: Johannes Reichersdorfer, Kai Wohlfarth, Malte Clausen*
- *RCDS: Daniel Hintzen, Kristin Walter, Stephan Hennig*
- *LUST: Daniel Karbe*
- *Linke.HSG: Peer Jürgens*
- *Gäste: Sahra Dornick, Sabine Finzelberg, Frank Hennig Klein, Arne Karrasch, Conrad Jackisch*
- *Entschuldigt: Carl-Martin Hißler (GAL), Sven Weber*
- *Außerdem fehlten: Jan Engel (wisiwidu), Katharina Ermler ([oll]), Heide Günther ([oll])*

Matthias begrüßt die neuen StuPa-Mitglieder Malte Clausen (Jusos) und Susen Werner ([oll]).

TOP 1: Beschlussfähigkeit

Kai ermahnt das StuPa-Präsidium, pünktlich anzufangen.

Matthias: Um 19:15 Uhr war das StuPa nicht beschlussfähig.

Mit 17 anwesenden ParlamentarierInnen ist das StuPa jetzt beschlussfähig.

TOP 2: Beschluss der Tagesordnung

Matthias: Antrag für die Tagesordnung: einen weiteren TOP für die Wahl eines Rechnungsprüfungsausschusses (RPA), nach TOP 6.

Jürgen bittet darum, die Behandlung der Ini-Anträge getrennt abzustimmen.

Abstimmung über die Behandlung der Ini-Anträge:

1. Ini-Antrag vom Gender-Referat zum Welt-Aids-Tag: zurückgezogen.

2. Ini-Antrag von Mariusz (AStA-Financer): Prüfauftrag für den RPA

Der Ini-Antrag von Mariusz wird mit 17:0:0 zur Behandlung angenommen.

3. Ini-Antrag von Conrad Jackisch zum Thema Stadtschloss

Jürgen beantragt Vertagung, damit das StuPa sich inhaltlich vorbereiten kann.

Rasmus: Das ist ein aktuelles Thema, es ist wichtig, damit die Stimme der Studierendenschaft Potsdam dazu gehört werden kann.

Der Behandlung des Schloss-Antrages wird mit 10:8:0 zugestimmt.

4. Ini-Antrag von Daniel Hintzen: StuPa soll pünktlich anfangen

Tamás empfiehlt das Anliegen ohne Antrag vorzubringen.

Der Ini-Antrag wird mit 8:5:5 zur Behandlung angenommen.

Abstimmung der TO:

Die Tagesordnung wird mit 13:2:2 angenommen.

TOP 3: Beschluss der Protokolle der letzten StuPa-Sitzungen

Es liegen die Protokolle der StuPa-Sitzungen vom 17. Oktober, 4. November und 7.

November vor; das Protokoll vom 14. November ist noch nicht fertig.

Matthias beantragt Beratungspause des Präsidiums, um die schriftlich eingegangenen Änderungsanträge aus dem AStA -Büro zu holen.

a) Änderungsanträge zum Protokoll vom 17. Oktober:

Tamás und Kai bitten, ihre Namen richtig zu schreiben.

Kai: Bemerkung: Jan Glogau hat PE abgegeben, obwohl er damals noch nicht im StuPa war.

Matthias: StuPa-Präsidium kann dennoch das Wort erteilen, deshalb bleibt die Erklärung im Protokoll.

Schriftlich liegt ÄA von Arne vor: im TOP 8c, Seite 5, Arnes Redebeitrag wie folgt zu ändern: „Arne (oll): Ich bin froh, dass die die Absurditäten aus dem Antrag jetzt draußen sind. Es fällt mir aber dennoch schwer, dem Antrag zuzustimmen, weil die veränderte Version mir nicht schriftlich vorliegt. Außerdem sollte der AStA weiterhin die Möglichkeit haben, Änderungsanträge redaktionell zu bearbeiten, um somit verständlicher zu machen. Denn wortwörtlich beschließt der AStA derzeit, dass jemand Anträge stellt, da fast alle Beschlüsse mit „Hiermit beantrage ich...“ beginnen.“

b) Änderungsanträge zum Protokoll vom 2. November:

Katharina Beier: einfügen unter „Aussprache zur Referatsstruktur“ (TOP Misstrauensvotum gegen den AStA), auf Seite 6, vor Zeile 14 von unten, vor „Katharina“: „Katharina: ..., Stefan: Gibt es noch Fragen, wir sind in der Abstimmung. Katharina Beier: Ich habe noch eine Frage“

Joschka: Einfügen, dass Sahra der neuen Koalition den Mittelfinger gezeigt hat.

Joschka: Einfügen: „Clas und Joschka nehmen die Wahl an.“

Sahra: Bitte als Vermerk einfügen: „Erklärung zur Bedeutung der Geste des Zeigens des Mittelfingers zu Marco Kirchhoff am 2. 11. 06: Die Situation des fünfmaligen Begrenzungen der Redezeit zur Befragung der neuen ReferentInnen des AStA stellt eine herbe Beschneidung der Rechte von parlamentarischen Minderheiten dar. In dieser gewaltförmigen Situation reagierte ich mit einer gewaltförmigen Geste symbolisch gegen den abermaligen GO-Antrag auf Begrenzung der Aussprache für alle Referate auf insgesamt 3 Minuten.“

Kristin: Ergänze die Aussage „Wixer“ von Lina.

Tamás: Streichen: „PE wird angekündigt“

Clas: Änderungsantrag zum Protokoll: streiche auf vorletzter Seite, Zeile 5 „vorher bekannt“ und ersetze durch: „im Wahlkampf bekannt, allerdings haben wir sofort nach Bekanntwerden eine weitere Zusammenarbeit ausgeschlossen und ihn zum Austritt gedrängt.“

Schriftlich liegt ÄA von Arne vor: Während der Verfahrensdebatte sagt Martin Bär.

"Martin Bär: Vorschlag: heute nur Aussprache, der alte AStA gibt seine Schlüssel ab, Wahl am Dienstag, voll durch starten am Mittwoch der neue AStA startet am Mittwoch voll durch."

Ich darauf etwas später: Arne: Ich finde den Kompromissvorschlag von Martin Bär absurd.“

NEU:

- es war MAM und nicht Martin B. Er sagte außerdem - so weit ich weiß -

"heute Aussprache und Wahl", nicht Dienstag-Wahl

ich: anfügen nach absurd: "Warum sollen wir fünf Tage gar keinen AStA haben? Keine Sprechzeiten, keine Überweisungen, keine Arbeit, die getan wird."

Nach den GO-Anträgen auf Ende der Redeliste und Begrenzung der Redezeit

sage ich:

„Arne: Der neue AStA sollte eine Antwort geben.“

NEU:

„Arne: zu Carl-Martin: Hier bewirbt sich ein neuer AStA, also sollte er auch in der Lage sein,

Antworten zu geben.“

Aussprache zur Referatsstruktur:

„Arne: Wie interpretieren die neuen ReferentInnen die Rolle des Vorstands und warum? Es finden sich einige neuen Referatstitel, was soll dort geschehen und warum werden diese Bereiche als wichtig erachtet? Was soll im Referat Genderpolitik geschehen?“

NEU:

„Arne: Wie interpretieren die neuen ReferentInnen die Rolle des Vorstands und warum? Es finden sich einige neuen Referatstitel, warum sollen diese geändert werden? Findet dort eine Schwerpunktverlagerung statt? Falls ja, welche?“

c) Änderungsanträge zum Protokoll vom 7. November:

Schriftlich liegt AA von Björn vor:

Arne hat mir eine andere Frage gestellt, als im Protokoll steht. Er hat gefragt, ob ich einen Bus organisieren würde, der zum Castor fährt. Darauf habe ich geantwortet, dass das nicht Teil meines Referats wäre. Auf seine Nachfrage ob ich das denn gut fände, wenn ein Bus zum Castor fahren würde, habe ich geantwortet, dass ich das persönlich in der Tat befürworte. In meiner Befragung steht auf die Frage von Lina "Ich will inhaltliches von dir hören" die Antwort: "Ich kann mir vorstellen, habe aber keine Zeit."

Das habe ich ähnlich gesagt, aber es ist im Protokoll unverständlich.

Sinngemäß habe ich gesagt: "Ich kann mir mehr vorstellen, bin aber schon jetzt ausgelastet."

Auf Arnes Pöbelaussage habe ich nicht nicht geantwortet sondern gesagt:

"Das ist keine Frage sondern ein persönlicher Angriff. Darauf antworte ich nicht."

Das Präsidium übernimmt die eingegangenen Änderungsanträge sämtlich, Ausnahme: Beleidigungen.

Abstimmung, ob Mittelfinger-Geste und die Aussage „Wixer“ ins Protokoll genommen werden soll.

Diese Änderungen zum Protokoll werden mit 8:5:3 angenommen.

Abstimmung der 3 Protokolle en bloc:

Mit 12:4:2 werden die Protokolle angenommen.

TOP 4 Gäste:

Katharina B.: es gibt eine Verordnung der Schlösserverwaltung, die ein Durchfahrverbot durch den Park Sanssouci vorsieht.

Andreas ergänzt: Bin ins Gespräch getreten mit Frau Kühn: Wir sollten das erst intern mit der Schlösserverwaltung klären, noch wird das Durchfahren geduldet.

Tamás weist darauf hin, dass es auch eine Gebühren-Ordnung gibt und die Gebühren künftig eingetrieben werden, er plädiert für eine Fahrrad-Demo.

TOP 5 Berichte:

TOP 5a Berichte aus den Gremien

Tobias: aus der BrandStuVe: am 9. 12. soll in Potsdam eine BrandStuVe-Sitzung stattfinden: Programm u. a.: Vorstandswahlen, Brandstufenordnung.

Björn: aus Mensaausschuss: Baumaßnahmen Griebnitzsee: die Mensa im Park Babelsberg nach dem SoSe geschlossen. Mensa in Golm überlastet. es gibt Zelt und Imbissbude, soll nur zusätzliche Möglichkeit geben, auf dem Weg zum Bahnhof. Bargeldlose Zahlung in der Mensa jetzt auch am Neuen Palais möglich. Barzahlung weiterhin auch möglich.

Anselm: vom StuWe-Verwaltungsrat: Anträge: Veranstaltungen aus Wildau, es sind Posten verteilt worden: Heide ist stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrates, 1 Mitglied in Bundesverband der Studentenwerke: Rotation Wildau und Brandenburg, nächste Sitzung am

1. März zum Sommerfest, 3 Wochen vorher Antragsfrist.

Tobias: nächster Montag Gespräch der BrandStuVe mit Ministerin Wanka, Vorbereitungstreffen am Montag.

Matthias: aus LSK: Nur 1 stud. Vertreter da, keine Stellvertreter. Zu Senat: vorletzte Sitzung: Studis hatten beantragt und konnten erreichen, dass auch Studierende im Zentrum für LehrerInnenbildung und anderen zentralen Einrichtungen Stimmrecht bekommen können, wurde von Senat beschlossen. Zu letzter Senatssitzung: neue studentische Kommissions-Mitglieder eingesetzt, Wahl findet erst im Januar statt.

Rücktritt von Susen Werner, Sabine Merkel rückt im StuPa nach.

Matthias: weiter letzte Senatssitzung: Es gibt den 31.3.2007 als letzten Termin, wann LA-Studierende ihre Zwischenprüfung ablegen können. Antrag von uns, das aufzuweichen, positiv unterstützt, wird in nächster LSK hoffentlich beschlossen. Zulassungsordnung zu Master Ernährungswissenschaften: kritische diskutiert und beschlossen. Wanka hat berichtet. Loschelder hat kurzfristig Antrag zu Ombudsmann eingebracht und dann wieder zurückgezogen, keine Absprache dazu mit studentischen Vertretern oder AStA.

Katharina B.: LSK: Teilzeitstudium? Zu Ombuds-Stelle: wofür war die gedacht?

Matthias: In LSK liegt Beschlussvorlage zu Teilzeitstudium von uns vor (Cottbusser Vorlage), wurde zuerst nicht in die Verschickung aufgenommen worden, nächste LSK war Herr Stief krank, sollte geprüft werden. Zum Ombudsmann: aus Loschi-Abwahl-Zeit: Vermittlungsstelle, im Antrag stand nicht, dass Studierende bei Besetzung mitbestimmen.

Tamás: widerrechtlicher Humbug die Regelung für Endfrist der Zwischenprüfung: nicht haltbar.

Hannes: soll keine Exmatrikulation geben, sondern Zwangs-Bachelor.

Matthias: Übergangsbestimmung in der neuen Ordnung: Regelung könnte nur dann rechtlich ok sein, wenn Studienbeginn nach Beschluss dieser neuen Ordnung lag.

AusländerInnenbeauftragte: TOP kurzfristig von der TO genommen, gab nur einen Bewerber, AE war der Uni offensichtlich zu hoch.

Martin: Studentische Senatoren können fordern, das wieder auf die TO zu setzen und Bewerber zu wählen.

TOP 5b Bericht vom StuPa-Präsidium

Matthias: Frau Görlich: möchte in der Uni-Zeitung Artikel zu Misstrauensvotum, leiten Email an StuPa weiter. Bei der Aufräumaktion des AStA sind einige StuPa-Unterlagen verschwunden.

TOP 5c Rechenschaftsberichte des AStA:

Matthias: RSB von beiden AStA liegen aus.

Katharina: Frage nach Begrüßungsgeld.

Jörg: Begrüßungsgeld nur Studierende, die am Ort wohnen, wo sie studieren, nicht für die, die in Berlin wohnen und in Potsdam studieren, das ist ungerecht; nehme mich dem Thema an.

Katharina: an Joschka: zu Urheberrechtsnovelle: ging Brief nur an SPD-Bundestagsfraktion?

Joschka: Brief geht auch an andere Fraktionen.

Katharina: macht auch fzs was dazu? Absprache mit anderen Unis?

Joschka: wird Brief geben.

Katharina: planst du Aktionen?

Joschka: spreche morgen mit Fuhr. (dazu Martin Anselm Meyerhoff: Herr Fuhr vertritt schwierige Positionen.)

Katharina: zu Kopierer-Geschichte: schon alle umgestellt?

Joschka: noch nicht gefolgt, Tobias zuständig für PUCK.

Kubi: zu Joschka: gab Rückmeldung von Email zu Kopierern?

Joschka: Rücklaufaktion reicht bis x. Dezember, sind 54 Kopiergeräte an allen Standorten, nicht bekannt: Anzahl der Mitarbeiterkopierer davon: wurde nicht verraten. Die Antworten werden noch ausgewertet.

Sahra: an Gender-Referat: ist richtig, dass das Gender-Zusatzzertifikat in Schlüsselqualifikationen umgewandelt wird?

Jana: gibt Konzept, wie Zusatzqualifikation in Schlüsselqualifikation gewandelt werden kann, Lehrstuhl arbeitet Programm vor, wir sehen Problem: Schlüsselqualifikationen nicht allen Bachelor-StudentInnen zugänglich, sodass Interdisziplinarität vermutlich nicht aufrecht erhalten werden kann, sehen Lage problematisch.

Sahra: gibt StuPa-Beschluss, das StuPa will, dass Zusatzqualifikation in B/M integriert werden kann

Jana: unser Ziel, ZQ zu erhalten, wird für BM nicht mehr geben. Professur noch abwartend.

Matthias: an Hannes: was macht die AG VeFa-Fond?

Hannes: gab Probleme mit Antrag zu Kurzfilmfestival, fraglich, wer finanziert welchen Teil, ein fsr wollte Seminar zusammen mit Prof. machen, AG will sich damit beschäftigen, welche Prioritäten die VeFa bei Anträgen hat, Abgrenzung, ob VeFa oder AStA in erster Linie finanzieren soll.

Tobias: Wunsch der VeFa, dass AStA in der AG mitmacht. Am Ende Abstimmung in der VeFa.

Matthias an Tobias: PUCK: Bezahlfunktion widerspricht unserem Vertrag, ist dir das bewusst?

Tobias: sehe es ähnlich wie du, Gespräche laufen, StuPa hat sich nicht eindeutig positioniert, Bitte: nächstes StuPa Aussprache über PUCK!

Martin Bär: allen war klar, dass das ein einseitiger Vertrag war und die Uni den Vertrag jederzeit brechen kann.

Matthias: Was wollt ihr im Gespräch mit Wanka ansprechen? Es gibt dazu vorgefasste Vorschläge von vorherigen BrandStuVe und AStA-VertreterInnen.

Tobias: in BrandStuVe keine abgestimmte Position, dazu morgen Sitzung, wollen an anderer Stelle als AStA Potsdam mit Wanka über Hochschulgesetz reden.

Malte: an Joschka: Urheberrechts-Novelle: wie willst du BrandStuVe integrieren

Joschka: habe Email vorbereitet, das ist in der Mache.

Tamás: an Tobias: was ist mit dem Uni-Logo?

Tobias: Fachschaften haben berichtet, dass sie T-Shirts drucken wollten und erhebliche Gebühren zahlen mussten, Gespräch mit Uni-Shop, Studentin, mitgeteilt, dass wir das nicht gutheißen.

Arne: An Joschka: kennst du inzwischen Belegpunkte-Beschluss und Akreditierungs-Beschluss?

Joschka: Beschlüsse noch nicht gelesen. Kopierer-Angelegenheit ist mir wichtiger als Belegpunkte-Angelegenheit. Habe vor, mit UnterzeichnerInnen Gespräch zu führen.

Arne: was ist an Montagskultur geplant?

Tobias: bis Weihnachten werden Veranstaltungen stattfinden, Guido ist krank.

Arne: wegen Göttinger Erklärung: Antrag wurde damals abgelehnt, Verweise wurden abgelehnt, man unterstützt damit Regierungserklärung von Schröder, ist euch bewusst, dass ihr mittelbar die Agenda 2010 unterstützt?

Joschka: Verweis auf Regierungserklärung bedeutet nicht Unterstützung der Politik.

Henning und Sahra weisen darauf hin, dass es kein Problem ist, dass Uni-Logo einfach zu verwenden.

Andreas: AStA hat auch eigenes Logo.

Matthias: Zu Artikel in der PNN: Wollt ihr damit sagen, dass ihr keine fzs-Arbeit machen

wollt?

Tobias: haben immer gesagt, dass wir fzs-Arbeit weiterhin machen.

Tamás: was hat Referat für Internationales gemacht?

Sonja: habe RSB abgegeben, ist beim Präsidium nicht angekommen.

Jana macht Werbung für die Teilnahme an Aktionen zum Welt-Aids-Tag am 1. 12. Es wird Stände geben in Griebnitzsee und in Golm, es werden noch Flyer-VerteilerInnen gesucht, bitte bei ihnen melden.

21:34 Uhr Fraktionspause

TOP 6 Nachwahl StuPa-Präsidium

Nachwahl zum StuPa-Präsidium: Kai wird vorgeschlagen und stellt sich vor. Er betont, dass er die Gleichberechtigung von Mann und Frau anerkennt. Er wird sich gegen jede Form dominanten Redeverhaltens einsetzen.

Jan beantragt geheime Abstimmung.

1. Wahlgang: 13:8:1

2. Wahlgang 13:8:1

3. Wahlgang 14:7:1.

Kai ist als Mitglied des StuPa-Präsidiums gewählt.

Kai nimmt die Wahl an.

TOP 7 Rechnungsprüfungsausschuss

Der letzte RPA hat bereits eine Legislaturperiode gearbeitet. Sie haben sich bereit erklärt, die Arbeit auch weiter zu führen. Da das Prüfungsseminar bereits arbeitet sollte geklärt werden, ob der alte RPA weiter im Amt bleibt oder ein neuer gewählt wird.

Anselm meint, dass es schwierig wäre, wenn der neue RPA nicht an der Arbeit des Seminars beteiligt wäre.

Es wird gefragt, inwiefern es sinnvoll ist, ein weiteres Mal eine AE zu beschließen. Es wird eingewandt, dass der RPA zwar für ein Jahr gewählt und damit noch im Amt ist, allerdings prüfen sie jetzt neue Periode.

Abstimmung über die Behandlung des Ini-Antrags AE für den RPA: 18:0:0

Der Ini-Antrag wird zurückgezogen. Das Präsidium wird beauftragt zur nächsten Sitzung den RPA neu auszuschreiben, bis dahin amtiert der derzeitige RPA weiter.

TOP 8 Aussprache und Beschlussfassung zu den Semesterticketverhandlungen:

Björn führt in die Problematik ein: Eine Urabstimmung müsste im Januar stattfinden, wenn der neue Vertrag ab WiSe gelten soll. Tamás fragt, was passiert, wenn der alte Vertrag weiter geführt wird. Björn meint, dass keine Urabstimmung nötig ist, wenn der gültige Vertrag weitergeführt wird.

Es gibt ein Angebot vom VBB: Im Wintersemester keine Preissteigerung, dann 3% je Jahr. Aber keine Fahrradmitnahme. Es wird nachgefragt, wie es mit der Fahrradmitnahme in S und U-Bahnen ist. VBB möchte die Fahrradmitnahme generell streichen.

Es gibt einen Antrag der GAL zum weiteren Verfahren bei der SemTix-Verhandlung, der leider zur heutigen Sitzung nicht schriftlich vorliegt. Jürgen führt aus, dass dieser Antrag die Fahrradmitnahme vorsieht sowie die Beachtung der Kürzung der Regionalisierungsmittel.

Jürgen spricht sich dafür aus, auf eine Urabstimmung zu verzichten, wenn der VBB auf dieses Angebot eingeht.

Björn berichtet, dass der VBB unter Druck steht, da sie die Verzögerung der Verhandlung zu

verantworten haben. Lina berichtet, dass es auch in Berlin zur Abschaffung des Fahrradticketes kam, der VBB das Fahrrad daher wohl auf keine Fall drin lassen will und fragt nach den Argumenten, mit denen sich Björn für die Fahrradmitnahme einsetzt. Björn erwähnt zwei Argumente: die drei Uni-Standorte in Potsdam und die Entlastung der Busse, wenn Studierende das Fahrrad nutzen. Tamás führt an, dass der VBB durch Streichung der Fahrradmitnahme die von DB und VBB selbstverschuldete Überlastung der Berlin-Potsdam Verbindung kompensieren möchte. Peer fragt, wie der Absatz mit den Regionalisierungsmitteln zu verstehen ist. Björn führt aus, dass durch die Kürzung dieser Mittel mit einer Verringerung der Taktdichte zu rechnen ist und daher auch geringere Preise angedacht werden sollen.

Lina: Wenn ein Verschulden des VBB vorliegt, sollten wir eine Beibehaltung der aktuellen Preise und des Vertrages ohne jede Preissteigerung fordern. Eine Preissteigerung könnten wir den Studierenden ansonsten nicht erklären.

Jürgen: Es ist nicht Verschulden des VBB, dass sich die Verhandlungen verzögert haben, denn sie könnten immer noch alle im Vertrag vorgeschriebenen Termine einhalten, aber dann werden wir keine Urabstimmung mehr schaffen.

Antrag der GAL wird mit 15:0:2 angenommen.

TOP 9 Anträge

a) Antrag zum Fuhrpapier zu Studiengebühren

Tobias zieht seinen Änderungs-Antrag zurück, Anselm hat einen neuen ÄÄ eingereicht. Anselm möchte“ keine Essays“ durchs StuPa verabschieden und plädiert daher für den ÄÄ, der ursprüngliche Antrag ist ihm zu ausführlich.

Arne hält es für wichtig sich in die Debatte um Studiengebühren mit ausführlichen Argumenten einzumischen und bei der Kritik am Fuhrpapier daher auch inhaltlich in die Tiefe zu gehen. Eine, für die Studierenden erfolgversprechende Argumentation gegen Studiengebühren wird nur durch ausführliche Diskussion erreicht werden können. Die im ÄÄ der GAL beabsichtigte Streichung der Zeilen 8-320 des Ursprungsantrags kann gar nicht vorgenommen werden, da diese Zeilen zwei Anträge und deren Begründung umfassen.

Peer: Was meinst du (Anselm) mit „Studiengebühren werden die Unterfinanzierung der Hochschulen nicht begrenzen.“ Anselm erklärt seine Intention.

Lina: Hältst du (Anselm) deine Aussage im ÄÄ für wirklich für richtig: „Die gesellschaftliche Aufgabe von Bildung wird einseitig den Studierenden angelastet.“

Arne merkt an, dass die Aussage im ÄÄ: „Die Argumente des Papiers sind nicht schlüssig meist einseitig politisch motiviert.“ ohne Begründung bleibt und daher phrasenhaft wirkt.

GO auf Vertagung aller TO bis auf den Prüfauftrag für den RPA Antrag:

Der GO-Antrag auf Vertagung wird mit 11:9:1 beschlossen.

Lina möchte auf der nächsten Sitzung sofort die Anträge nach den Formalien auf der Tagesordnung haben.

Abstimmung über den Prüfantrag für den RPA (Antragsteller: AStA-Finanzler Mariusz Nowak): 17:0:2

Liebes StuPa-Präsidium,

da der AStA soeben den u.g. Antrag mit der Begründung abgelehnt hat, dass das mangelnde akademische Renommee der beiden Referentinnen die Fahrtkosten nicht rechtfertigen würde, möchte ich mich spontan an das Studierendenparlament wenden und es bitten, der Veranstaltung doch noch zu ihrem Stattfinden zu verhelfen. Auch weil ein rechtzeitiger Beschluss der Veranstaltung notwendig ist, um ordentlich planen zu können.

Wenn dies gewünscht wird, so können die Fahrtkosten gern damit gesenkt werden, dass die Referentinnen unökologisch mit Auto anreisen (eventl. mit Mitfahrzentrale, im worst-case-Fall jedoch privat).

Leider kam es auf der Sitzung nicht dazu, dass ein entsprechender Änderungsantrag formuliert wurde.

Dem unten genannten Antrag bitte ich also zuzustimmen, die Kostenaufstellung und die Antragshöhe ändert sich jedoch wie folgt (wobei zu beachten ist, dass sich das Honorar der Referentin aus München durch die Anfahrtkosten entsprechend erhöht):

Neue Kostenaufstellung:

Fahrtkosten Schulze VBB	8,60 €
Fahrtkosten Zimmer VBB	8,60 €
Honorar Schulze	200,00 €
Honorar Zimmer	100,00 €
Werbung	1000 AStA Kopien
<hr/>	
insgesamt:	317,20 €

Leider kann ich aus terminlichen Gründen nicht zur StuPa-Sitzung kommen, bitte jedoch trotzdem um Zustimmung zum Antrag: 317,20 Euro Kostenübernahme plus 1000 AStA-Kopien.

Mit freundlichen Grüßen
Laines Rumpff

Studentische Initiative für eine
andere politische Bildung an der
Universität Potsdam
c/o Laines Rumpff
Knobelsdorffstraße 10
14471 Potsdam
rumpff@rz.uni-potsdam.de
0172 – 3 99 11 51

AStA der Universität Potsdam
- Finanzreferat -
Am Neuen Palais 10
Haus 06, Raum 0.16
14469 Potsdam

Potsdam, 12.11.2006

Finanzantrag, Veranstaltung zur Frauenunterdrückung in Deutschland

Lieber AStA,

unsere Initiative möchte eine Informationsveranstaltung zum Thema Frauenunterdrückung in Deutschland veranstalten. Wir haben dazu zwei fachkundige Referentinnen von der Uni München (Marina Schulze, Soziologie, LMU) und der Uni Leipzig (Hannah Zimmer, Soziologie) eingeladen.

Da unsere Initiative über keine eigenen Mittel verfügt, bitten wir Euch die Finanzmittel für folgende Veranstaltung zu bewilligen:

I'm a slave for you. Frauenunterdrückung in Deutschland

Zeit: Donnerstag, 14.12.06, 19:00 Uhr

Inhalt: Das Wort „Sexismus“ wird heute oft ironisch verwendet. Frauensolidarität scheint ein Begriff aus dem Wortschatz der 70er Jahre zu sein und angeblich haben Frauen die Gleichstellung erreicht. Nur der Islam habe da heute noch ein Problem. Tatsächlich verdienen Frauen in Deutschland (je nach Studie) mindestens 20 Prozent weniger als Männer. Gerade mal 31,8 Prozent der Bundestag-Abgeordneten sind Frauen. Immer noch wird erwartet, dass Frauen die Verantwortung für die Kinder in der Familie übernehmen.

Dafür werden wir Studien zu Gewalt gegen Frauen, Einkommensunterschieden, Arbeitsbelastung, Aufstiegschancen, geschlechtsspezifischen Fluchtgründen und Zeitbudgets etc. vorstellen - und über Rollenmodelle und Strukturtheorien der Sache auf den Grund gehen.

Wir wollen uns verdeutlichen, wie zahlreich die Aspekte der Frauenunterdrückung auch heute in der BRD sind und gemeinsam darüber diskutieren, mit welchen Mitteln wir dem entgegen können.

Unsere Initiative hat das Ziel, eine wichtige Lücke in der akademischen Ausbildung an der Universität Potsdam zu schließen. Nämlich die fächerübergreifende Verknüpfung der Lehrinhalte in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext, d.h. eine breite Sensibilität dafür zu schaffen, dass die Handlung jedes einzelnen Menschen Wirkung auf das kulturelle, politische und wirtschaftliche Gesamtgefüge der Erde hat. Unser Augenmerk soll dabei auf neue und alte Organisationsmöglichkeiten gerichtet sein, die das Potential besitzen, Menschen über Ländergrenzen hinweg zu verknüpfen, zur gemeinsamen Diskussion und zum gemeinsamen handeln anzuregen. Dazu möchten wir den Studierenden Informationsveranstaltungen anbieten.

Antrag: Wir beantragen daher 396,20 Euro für die Durchführung der Veranstaltung und zusätzlich 1000 AStA-Kopien. Die Kostenaufstellung wie folgt:

Kostenaufstellung:

Fahrtkosten Schulze	157,60 €
Fahrtkosten Zimmer	88,60 €
Honorar Schulze	75,00 €
Honorar Zimmer	75,00 €
Werbung	1000 AStA Kopien
<hr/>	
insgesamt:	396,20 €

Für weitere Fragen, stehe ich Euch jederzeit zur Verfügung!

Mit freundlichen Grüßen

Laines Rumpff
für die Initiativ

Antrag an das Studierendenparlament der Universität Potsdam

Das StuPa möge beschließen:

Die Studierendenschaft der Universität Potsdam spricht sich gegen den Wiederaufbau des Potsdamer Stadtschloss' aus. Bildung für alle muss Vorrang für die Entwicklung des Landes haben. Sie schließt sich damit diesem offenen Brief an:

Keine Mitte für die Stadt

Warum wir, die Menschen von Potsdam, kein Stadtschloss brauchen und warum sich Stadt und Land einen solchen Prestigebau nicht leisten können.

Größenwahn

Die öffentlichen Mittel sind knapper denn je, so heißt es in sämtlichen Positionen aller Institutionen und Gruppen. Die Entwicklung der Stadt Potsdam und des Landes Brandenburg war schon immer in den Händen der Eliten und scheint es noch immer zu sein, denn ein Stadtschloss - wie auch die Garnisonkirche - dient einzig dem Prestige von Regierung und InvestorInnen, die dessen Relevanz für den Tourismus überbetonen. Ihre Identifikation mit dem Projekt ist offenbar weniger das Gebäude selbst als die politische Macht, dieses erbauen zu können. Das Public-Private-Partnership ist dabei genau diese Lobbyarbeit von Eliten mit definierten wirtschaftlichen und politischen Interessen.

Eine Stadt und ein Land, die nicht einmal genug Mittel für ein sozio-kulturelles Grundgerüst bereit stellen, wo Schulen in katastrophalem Zustand sind und wo ganze Viertel und Landstriche zu Abstelllagern von sozial Schwachen werden, kann wohl kaum die Integration der Gesellschaft mit einem Schloss der Regierung beabsichtigen.

Frage nach Identität

Die Wiederherstellung eines Schlosses als administratives Zentrum einer demokratischen Gesellschaft ist ein Widerspruch in sich. Ein Schloss, so groß und imposant, in der Tradition von Wehranlagen, ist dazu da, Macht zu demonstrieren und für "Normalsterbliche" unerreichbar zu sein. Es ist also Symbol für Macht und Ausgrenzung. Wenn also von einer Identität die Rede ist, die durch dieses Symbol geschaffen werden soll, kann damit wohl kaum der Wunsch nach Freiheit, sozialer Gleichheit und Frieden verbunden werden. Man kann die Distanz der Regierung von den Bedürfnissen der Bevölkerung kaum besser demonstrieren als in solchen Gebäuden.

Die architektonische Meisterhaftigkeit als wichtigsten Grund für den Wiederaufbau vorzuschieben übersieht, dass Architektur stets einem Zweck dient und kein Selbstzweck ist, gerade wo es in Potsdam Rokoko an allen Ecken gibt. Es ist also die Frage, welchem Zweck die Architektur damals gedient hat und welchem sie heute dienen soll. Anders formuliert heißt das, welche Art zu Leben und welche Werte damit verknüpft werden. Zudem ist Architektur nicht mit Stadtentwicklung zu verwechseln, da diese nur den Abschnitt von theoretischer Planung bis zur baulichen Fertigstellung umfasst, Stadtentwicklung jedoch in der Kontinuität der Geschichte verankert ist und sich seinerseits der Architektur zum bestimmten Zweck bedienen kann.

Zudem ist auch die Parallele zur Dresdener Frauenkirche als originalgetreue Replikation unzutreffend, da das Stadtschloss nur in wenigen Teilen diesem Anspruch entsprechen, ansonsten aber weit größer gebaut werden soll, um den Ansprüchen des Landtages zu genügen.

Historischer Kontext des Stadtschlosses in der Stadtentwicklung

Potsdam ist als Residenzstadt der Preußischen Fürsten und Könige übersät mit Spuren seiner Geschichte. Das Stadtschloss spielte dabei jedoch eine untergeordnete Rolle, wie das UNESCO Weltkulturerbe belegt. Dennoch diente es der Repräsentation und Machtdemonstration als Burg- und später Schlossanlage. Bereits in Kriegen der Preußischen Könige wurde es beschädigt, bis es dann im zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört wurde. Geschichte nun als singuläre Momentaufnahme einer vermeintlichen Blüte darzustellen, statt ihre Kontinuität und ständige Weiterführung zu verstehen, blendet bewusst Teile der Geschichte aus. Es handelt sich also um einen Versuch, Geschichte neu zu schreiben. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Geschichte hieße, ihre Spuren zu bewahren und eben ggf. auch Lücken zu lassen, die auffallen. So ist die Berliner Gedächtniskirche oder waren die Überreste der Dresdener Frauenkirche mahnende Zeugen des Krieges, die authentisch allen vor Augen führen, was sonst unfassbar abstrakt bleibt. Auch die Stolperstein-Kampagnen vieler Städte, wo progressiv die oft so unscheinbaren Spuren der Geschichte in die Öffentlichkeit gebracht werden, zeigen, wie notwendig eine direkte Auseinandersetzung mit dem eigenen Umfeld ist.

Es wäre begrüßenswert, wenn auch die Ruinen des Potsdamer Stadtschlusses nicht einfach entfernt worden wären. Der Wiederaufbau ist in diesem Zusammenhang aber nichts anderes als die Glorifizierung Preussischer Monarchie und das Ausblenden des zweiten Weltkrieges, wie es so vielerorts in dieser Stadt bereits geschehen ist.

Soziale Stadtentwicklung und Zentrumsdefinition

Wie hinlänglich bekannt, ist eine Stadtentwicklung unabhängig von der Definition eines einzigen Zentrums. Potsdam hat sich als Netzwerk von verschiedenen Zentren, die allesamt von bestimmten infrastrukturellen und in ihrer Zeit gewachsenen Strukturen bestimmt werden, entwickelt. Beispielsweise könnten genannt werden: Babelsberg, der Stern, die Innenstadt, die Schiffbauergasse oder der Hauptbahnhof.

Die Definition eines neuen Zentrums durch dieses Bauwerk ignoriert die gewachsene Struktur und die Bedürfnisse der Menschen Potsdams. Es ist ein weiterer Schritt der Ausgrenzung ungewollter Gruppen der Gesellschaft. Ein Regierungspalast als das Herz von Stadt und Land dient nur den Regierenden und Einflussreichen, kann und soll jedoch kein Anziehungspunkt für Jugendliche, sozial schwache und ältere Menschen werden.

In der jetzigen Sozialstruktur und dem Geschichtsbild der Regierung und Eliten ist der Wusch nach einem solchen Stadtschloss nur folgerichtig. Wir wehren uns gegen dieses Projekt, da es überhaupt nichts mit den Menschen Potsdams und Brandenburg sowie einer sozialen Stadtentwicklung zu tun hat.

conrad jackisch

Alternativer Stadtschloss Antrag von Andreas Kellner

Liebes StuPa,

hiermit stelle ich einen Stadtschloßantrag, der alternativ zum Stadtschloßantrag der oll/GÜL abgestimmt werden kann. Damit man auch eine Wahl hat;-)

Viele Grüße: Andreas (GAL).

Antrag:

Potsdam braucht ein Stadtschloß. Das StuPa befürwortet den originalgetreuen Aufbau des Stadtschlusses mit historischer Fassade sowie originalgetreuem Innenhof. Zum Zwecke der Authentizität fordert das StuPa den weitestmöglichen Einsatz von Originalbauteilen, wie sie im Ernst-Thälmann-Stadion, am Brauhausberg sowie in der Havel bei Hermannswerder geborgen wurden und noch geborgen werden können.

Zur Kenntlichmachung des architektonischen Kontextes muß auch die Umgebung des Schlosses nach historischem Vorbild rekonstruiert werden. Das betrifft die Randbebauung am Alten Markt gleichermaßen wie die Gestaltung des Lustgartens. Bei der Gestaltung des Lustgartens spricht sich das StuPa für den Zustand aus der Zeit des Großen Kurfürsten aus (also ohne Exerzierplatz, Neptunbecken darf aber bleiben). Auch die Kennzeichnung der bereits vorhandenen Bittschriftenlinden-Nachpflanzung ist unabdingbarer Bestandteil der Rekonstruktion dieses Stadtteils, weil dieser Baum bei der Wiederanknüpfung an historische Traditionen wieder als Sammelpunkt für Petiteure gelten kann. (Zur Erinnerung: Zu Zeiten F2's wurden täglich an der Bittschriftenlinde Petitionen angenommen und durch die Obrigkeit wohlwollend bearbeitet)

Da der Landtag bereits angemerkt hat, daß die Grundfläche des Stadtschlusses mit herkömmlicher Bebauung den Anforderungen des Brandenburgischen Parlamentes nicht ausreichend gerecht wird, empfiehlt das StuPa den Ausbau mehrerer Untergeschosse unter das Stadtschloß, vergleichbar mit den Seminarräumen der DB-Akademie am Kaiserbahnhof. Auf diese Weise ließe sich genügend Platz schaffen, um bei einer räumlichen Konzentrierung der Landespolitik beispielsweise auch das Ministerium für Wissenschaft und Forschung in einem der Untergeschosse (gleich unter der Tiefgarage) unterzubringen. Das StuPa ist davon überzeugt, daß derartige Räumlichkeiten wie die im und unter dem neuen Stadtschloß für die Ministerien und Entscheidungsträger des Brandenburger Landtags eher angemessen sind als die bisherigen Gebäude.

Ergänzungen von Andreas Kellner zu seinem Antrag

Liebes StuPa,

hiermit möchte ich eine ergänzende Erklärung zu meinem Stadtschloßantrag vor dem StuPa abgeben. Wie Ihr wißt, gibt es zur Zeit zwei Anträge, die sich mit dem Bau des Stadtschlusses zu Potsdam auseinandersetzen. Inzwischen sind jedoch erste Bedenken gekommen, ob eine Positionierung zum Stadtschloß nicht den hochschulpolitischen Rahmen des StuPa sprengt. Wiewohl dieses Argument auf den Antrag von Conrad zutrifft, möchte ich doch hier einige Gründe aufzählen, welche die Behandlung und Zustimmung des Pro-Schloß-Antrages durch das StuPa rechtfertigen.

Während die von den Schloßgegnern befürwortete sichtbare Brache als Zeichen des historischen Wandels keine unmittelbaren Reflektionen beim unbedarften Beobachter erkennen läßt, bietet bei einem durch das StuPa zu befürwortenden bis ins Detail originalgetreuer Wiederaufbau der Schloßfassade und Umgebung schon bei den Planungen zum Wiederaufbau interessante Diskussionsansätze über zeitliche und bauliche Entwicklungen, Anknüpfungspunkte und den sozialen Kontext. Bereits jetzt profitieren Studenten (Studentinnen habe ich nicht gesehen) unmittelbar vom Wiederaufbau, weil nur Dank des Umstandes des möglichen Wiederaufbaus jetzt durch sie die alten Mauern freigelegt werden und archäologische Zusammenhänge wie das Wachsen von Stadtböden unmittelbar und praktisch miterlebt werden dürfen. Auch für den Fachbereich Geologie finden sich schon jetzt praktische Forschungsergebnisse bei der Bodenbeschaffenheit, die bei dem Bau der Tiefgarage und der durch das StuPa zu empfehlenden Tief-Ministerien durch weitere spannende Ergebnisse ergänzt werden wie die brennende Frage "Welches Geheimnis verbirgt sich noch unter dem bereits freigelegten feinen weißen Schwemmkies des Nutheurstromtals aus der letzten Eiszeit?".

Neben den Vorteilen, die eher einzelne Fachbereiche betreffen, kann eine Zustimmung zu meinem Antrag aber auch hochschulpolitische Erfolge für die studentische Kultur in der Stadt bringen. Denn unabhängig von der Frage nach der endgültigen Realisierung des Schloßaufbaus wird die Stadt bei den Fragen um Sommerfeststandorte und Lärmemissionen sicher milder reagieren, wenn sie sich dankbar an universitären Fürspruch erinnert. Um sich in ihrer eigenen Meinung zu bestärken, werden Stadt und Land außerdem gegenüber der Öffentlichkeit die Äußerungen der Studierendenschaft aufwerten, was letzten Endes nicht nur diese eine Frage betrafe sondern dann auch Themen wie dem Bildungsabbau oder den Studiengebühren zugute käme. Anders gesagt: Eine Hand wäscht die andere! Aus benannten Gründen möchte ich dringend um eine mehrheitliche Zustimmung des Pro-Schloß-Antrages in seiner derzeitigen Form bitten. Na gut: Die in Klammern gesetzten Kommentare versteht als Erläuterung für das StuPa, die müssen nicht beschlossen werden.

In Kürze dann noch eine persönliche Erklärung zur letzten StuPa-Sitzung.

Bis dahin! Viele Grüße: Andreas Kellner (GAL)

Sommerfest 2007

Liebes Präsidium, liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier,

wie in jedem Jahr soll auch im Jahre 2007 ein Hochschulsommerfest durch den ASTa organisiert werden. Wie in den letzten Jahren auch, wird das „festival contre le racisme“ im Vorfeld des Festes stattfinden.

Obwohl noch keine genauere Aufstellung der Kosten und Einnahmen zu dem gegenwärtigem Zeitpunkt zur Verschickung durch die verspätete Planung vorliegen, muss trotzdem der ASTa fristgemäß einen Antrag beim Verwaltungsrat des Studentenwerks über einen Betrag von 10.000 € einreichen, damit dieser im Verwaltungsrat auch abgestimmt werden kann. Wir werden aber zu gegebener Zeit per Mail bzw. spätestens als Tischvorlage zur Studierendenparlamentssitzung versuchen, eine Übersicht der zu erwarteten Kosten und erhofften Einnahmen sowie den Antragstext für den Verwaltungsrat des Studentenwerkes vorzulegen, damit das hohe Haus sich einen Überblick verschaffen kann. Diese werden wohl im Rahmen der vorigen Sommerfeste liegen.

Es sollen ebenfalls wieder mehrere Bands spielen, um möglichst viel Publikum anzuziehen. Der Ort steht noch nicht fest, es wird aber zum jetzigen Zeitpunkt der Standort am Neuen Palais bevorzugt. Beim „festival contre le racisme“ wird versucht, andere Mittel der Studierendenschaften und Institutionen zu akquirieren, so dass die Summe von 14.000 € für das Sommerfest verwendet werden kann.

Aus diesen Gründen:

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Das Studierendenparlament unterstützt das Sommerfest 2007 und das „festival contre le racisme“. Dabei soll ein Antrag vom ASTa an den Verwaltungsrat des Studentenwerkes mit einer Summe von 10.000 € gestellt werden. Weitere Kosten zur Finanzierung werden selbstständig von der Studierendenschaft in der Summe von 4.000 € getragen.

Wir würden uns über eine Zustimmung freuen!

Mit freundlichen Grüßen,

Clas Hasslinger
Referat für das Kulturzentrum

Katrin Geller
Referat für Kultur

Aufwandsentschädigung für den RPA

Des Präsidiums,

hiermit beantragt das Präsidium die Aufwandsentschädigung für die (max 3) gewählten Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschuss der Prüfperiode 2005/2006 auf einmalig 105,00€ festzusetzen.